Bund der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt

Bund der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt
c/o AG Magdeburg, Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg

Vorsitzender:
RiOLG Dr. Christian Hoppe

Geschäftsstelle:
c/o Amtsgericht Magdeburg
Breiter Weg 203-206
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 606-6434 oder (03445) 28-2113
Mail: post@richterbund-lsa.de

Magdeburg, 05. Oktober 2021

Mitgliederinformation

Liebe Mitglieder,

seit der letzten Mitgliederinformation im August 2021 gibt es Folgendes zu berichten:

Landesvertreterversammlung

Nachdem die Landesvertreterversammlung 2020 coronabedingt im Umlaufverfahren abgehalten wurde, kam es am 28. September 2021 im Landgericht Halle zur diesjährigen Landesvertreterversammlung, bei der rund 50 Personen anwesend waren.

Der Landesvorsitzende berichtete über die Vorstandsarbeit der letzten drei Jahre, in denen vor allem zahlreiche Gesetzesvorhaben und parlamentarische Initiativen begleitet worden waren. Der Vorstand war in dieser ereignisreichen Zeit, die von der Coronapandemie, dem ausbleibenden Digitalisierungsschub und der Wahl einer neuen Landesregierung geprägt war, verstärkt mit Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit getreten. Der rege Austausch zwischen den Vorstandsmitgliedern und den erschienenen Delegierten hat gezeigt, dass die Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstands grundsätzlich positiv bewertet wurde. Gleichwohl nimmt der Vorstand die geäußerte Kritik, insbesondere an der Pressemitteilung zum Thema "Tullner", sehr ernst. Der Vorstand wird sich kritischer zu hinterfragen haben, insbesondere wie er die Rolle als Landesverband definiert, dessen Selbstverständnis über einen langen Zeitraum hinweg von (stärkerer) politischer Zurückhaltung nach außen geprägt war. Dabei darf der Landesvorstand jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass sich gerade in Mitteldeutschland – wie die jüngsten Wahlergebnisse zur Bundestagswahl zeigen – eine breite Mitte der Wähler an den rechten Rand bewegt. Der Landesvorstand versteht seine Arbeit als Auftrag, für die Belange der Justiz mitunter auch öffentlichkeitswirksam einzutreten, da die Justiz in der Wahrnehmung des politischen Raums nur noch eine eher untergeordnete Rolle zu spielen scheint und dadurch ihrer Bedeutung als dritte Säule staatlicher Gewalt nicht mehr hinreichend gerecht wird. An dieser Stelle dankt der Landesvorstand ausdrücklich für die sachliche Diskussion und die kritischen Anmerkungen.

Zentrales Thema war die Neuwahl von Vorstandsmitgliedern für die kommenden drei Jahre:

Im Amt des Landesvorsitzenden wurde Herr Richter am Oberlandesgericht Dr. Christian Hoppe bestätigt. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Frau Richterin am Landgericht Maria Schwabe (Halle) und Herr Richter am Landgericht Christian Löffler (Magdeburg) neu gewählt. Weitere Mitglieder des engeren Landesvorstands sind – nach Wiederwahl – als Kassenwartin Frau Richterin am Amtsgericht Gabriele Bunzendahl und – neu – als Vertreter der Staatsanwaltschaften Herr Richter Dr. Lorenz Bode. Ausgeschieden sind Frau Silvia Kochale sowie die Herren Dr. Ulf Lenzner und Michael Bierwagen.

Ferner wurden zu Mitgliedern des (erweiterten) Landesvorstands gewählt:

Fachreferentin für Strafrecht und Strafprozessrecht:	Ri´inLG Kristin Stell
Fachreferent für Zivil- und Zivilprozessrecht:	RiLG Sven Nicolaus
Fachreferent für Amtsrecht:	Richter Dr. Normen Hörnig
Fachreferent für ERV und e-Akte:	RiAG Arne Hüskes
Fachreferent für Besoldung:	RiFG Harald Simböck
Vertreterin der Assessorinnen und Assessoren:	Ri´inLG Marie-Theres Krahl
Vertreter der Sozialrichterinnen und -richter:	RiLSG Dr. Steffen Schmidt

Ausgeschieden sind damit Frau Heike Geyer sowie Herr Dr. Wolfgang Grubert.

In der Bezirksgruppe Stendal zeichnet sich ein personeller Wechsel ab. Rainer Mählenhoff ist in Pension getreten und stellt das Amt des Vorsitzenden zur Verfügung. Einzige Kandidatin für die Nachfolge ist Frau Richterin Maren Primke, die im Falle ihrer Wahl (voraussichtlich im Dezember 2021) dann auch dem erweiterten Landesvorstand angehören wird.

Gremiensitzungen des Bundesverbandes in Dessau-Roßlau

Die schon für November 2020 vorgesehenen und coronabedingt verschobenen Gremiensitzungen des Deutschen Richterbundes fanden vom 29. September bis 01. Oktober 2021 in Dessau-Roßlau statt. Auf unserer Internetseite gibt es dazu eine Pressemitteilung, die die MZ im Lokalteil für Dessau-Roßlau aufgegriffen hatte. Getagt wurde im Radisson Blu Fürst Leopold Hotel. Die Tagungen fanden hybrid statt: nicht anwesende Delegierte waren mittels Videokonferenztechnik zugeschaltet, was selbstverständlich war und ohne nennenswerte technische Zwischenfälle verlief. Zunächst kam es zum Erfahrungsaustausch aller Vorsitzenden der Fach- und Landesverbände. Parallel tagte das Präsidium des Deutschen Richterbundes. Am Folgetag kam der Bundesvorstand zusammen, der sich aus den vorgenannten Gremien zusammensetzt. Allen Beteiligten war anzumerken, wie sehr der persönliche Austausch „von Angesicht zu Angesicht“ herbeigesehnt wurde. Die Bundesvertreterversammlung hat nach ausführlicher und zum Teil kontrovers geführter Diskussion im zentralen Teil der Tagesordnung eine seit Langem angedachte Satzungsänderung beschlossen und

die Einführung einer optionalen Doppelspitze für den Deutschen Richterbund vollzogen. Die Notwendigkeit zur Satzungsänderung hatte sich ergeben, nachdem der frühere Bundesvorsitzende Jens Gnisa Ende 2019 den Vorsitz überraschend aufgegeben hatte und mit Barbara Stockinger und Joachim Lüblinghoff erstmals in der Geschichte des Deutschen Richterbundes ein „Team“ an die Spitze des Bundesverbandes getreten war, ohne dass die Satzung dieses Modell vorsah.

Joachim Lüblinghoff.

In seinem Vortrag schilderte der **Co-Bundesvorsitzende Joachim Lüblinghoff** u.a. die Arbeit des Deutschen Richterbundes und hob insbesondere die Herausforderungen für den Verband im Lichte der Coronapandemie hervor. Es sei deutlich geworden, dass nicht alle Justizverwaltungen in gleicher Weise die Fürsorge für Justizbedienstete ernstgenommen und frühzeitig für geeignete Impfgelegenheiten gesorgt hätten. Besonders schwierig sei auch zu entscheiden gewesen, ob und wie sich der Deutsche Richterbund medial positioniere und vor allem politische Ereignisse kommentieren solle. Die **Co-Vorsitzende Barbara Stockinger** wies auf die Bemühungen des Deutschen Richterbundes hin, mit praktischen Erwägungen auf Gesetzesvorhaben des Bundes Einfluss zu nehmen. Gerade kurze Stellungnahmefristen und die Folgen der Coronapandemie hätten eine sachgerechte Bearbeitung nicht immer einfach gemacht. Besonderes Engagement sei notwendig gewesen, um im Herbst 2020 bundesweit eine Impfpriorität auch für Justizangehörige durchzusetzen. Besondere Würdigung fand der Spendenaufruf des Deutschen Richterbundes für den Untersützungsfonds, der türkischen Kolleginnen und Kollegen, die der Verfolgung ausgesetzt sind, zugutekommt. Unser Landesverband hatte sich wie andere Verbände beteiligt und 1.000 Euro gespendet.

Sitzung der Bundesvertreterversammlung.

Unser Landesverband zeichnete für das **Rahmenprogramm** verantwortlich. Die Mitglieder des Bundesvorstands und die bis zu 50 Delegierten zur Bundesvertreterversammlung konnten sich einen guten Eindruck von dem ausgewählten Veranstaltungsort verschaffen. Die Organisation beider Abendveranstaltungen übernahm unser Landesverband und wurde hierfür vielfach sehr gelobt. Besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Dessau-Roßlau, Olaf Braun, der mit seinen guten Kontakten für diesen Erfolg gesorgt hat.

Barbara Stockinger, Joachim Lüblinghoff, Olaf Braun und Christian Hoppe im "Kornhaus".

Unser Kollege, Herr Staatsanwalt Gunnar von Wolfersdorff, unterhielt am Mittwochabend gemeinsam mit seiner Ehefrau alle Gäste im **Restaurant Kornhaus** mit einem erfrischenden Vortrag über das Dessauer Bauhaus und deren Meister. Herr Gerd Fucke, Geschäftsführer des **Technikmuseums „Hugo Junkers"**, führte am Folgeabend in die beeindruckende Geschichte des Dessauer Flugzeugbaus und das Wirken von Hugo Junkers ein.

Gunnar von Wolfersdorff mit Ehefrau Silke Wallstein im Restaurant Kornhaus.

Justizministerin Franziska Weidinger (CDU) im Technikmuseum Hugo Junckers.

Am Abend war im Kreis unseres Verbandes Premiere für Sachsen-Anhalts **neue Justizministerin**. Frau Franziska Weidinger folgte der Einladung gern und wandte sich, begleitet von Herrn Staatssekretär Dr. Dr. h.c. Josef Molkenbur, im Technikmuseum mit einem Grußwort an das interessierte Auditorium. Unserem Landesverband liegt daran, schnell den Gesprächsfaden zum Ministerium aufzunehmen und mit der neuen Hausspitze ins Gespräch zu kommen. Deshalb freuen wir uns, dass zu ihr ein erster Kontakt in einer beeindruckenden Atmosphäre gelungen war.

Bericht aus den Bezirks- und Fachgruppen

Es liegen keine Berichte vor.

Der Landesvorstand